

Eine Kerze für Esther

E. Bejarano ist tot: „Sich nicht vom Hass kaputt ...“, FR-Politik vom 12. Juli

Dank an die FR und Bodo Ramelow für die Würdigung der großartigen Esther Bejarano. Vor einigen Jahren las sie, vom Alter schon gebeugt, aber hellwach, aus ihren Lebenserinnerungen. Mein Chor sang im Rahmenprogramm einige jiddische Lieder, und wir hatten ein kurzes Gespräch, als sie ihr Buch für mich signierte. Die Begegnung mit dieser kleinen großen Frau vergesse ich nicht. Ihre blitzenden Augen, ihr verschmitzter Humor, ihre Wärme, ihre Nachdenklichkeit, ihre Klarheit. Wie sie von dem Polizisten erzählte, der sie von dem Geschäft mit Nazi-Klamotten vertreiben wollte, vor dem sie demonstrierte. „Da habe ich meinen Ärmel hochgekrempelt und ihm meine Häftlingsnummer gezeigt. Und gesagt: Sie schüchtern mich nicht ein. Da hat er sich mit roten Ohren getrotzt.“ Und wie sie mit fast mädchenhaftem Kichern „gestand“, dass sie als Zwangsarbeiterin in einer Munitionsfabrik immer mal wieder sabotierend tätig war.

Shalom, Esther, heute Abend wird in meinem Wohnzimmer wieder eine Kerze für Dich brennen. Sigrid Andersen, Eutin

Berechtigte Anklage

Zu: „Afrika ist erobert über den „Grünen Pass“, FR-Politik vom 3..Juli

Afrika ist also „erobert“. Die Sprache kann so verräterisch sein! Erobert bin ich, wenn mir jemand die Parklücke wegschnappt. Afrika ist nicht erobert, – es ist eine himmelschreiende, zornige und berechtigte Anklage! Während wir unbekümmert und unter Missachtung sämtlicher Vorsichtsmaßnahmen Fußball kicken und mit dem Feuer spielen, während in Deutschland Menschen es nicht für nötig halten, ihren Impftermin abzusagen, und am Ende des Tages Impfstoff vernichtet werden muss, der woanders dringend gebraucht würde, kämpfen die Menschen in Afrika ums Überleben. Die Zahl der Corona-Infizierten und -Toten steigt unaufhaltsam. Nicht nur, dass die reichen westlichen Länder den vorhandenen Impfstoff aufgekauft haben und durch Bestehen auf Ihren Lizenzen verhindern, dass andere Staaten wenigstens mittelfristig Impfstoff selbst herstellen könnten, sie bringen auch noch den indischen Impfstoff in Verruf. Wen wundert's, – an dem lässt sich für die westlichen Impfstoffhersteller nix verdienen. Da darf man wohl erobert sein.

Das ganze Geschehen ist der pure Rassismus! Da bleibt nur zu hoffen, dass möglichst viele EU-Staten den „Grünen Pass“ trotzdem anerkennen. Aus Überzeugung – nicht weil sie gönnerhaft mal „eine Ausnahme“ machen.

Eva Beyer, Friedrichsdorf



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210712

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Macht unter Mächten: Strategische Autonomie Europas?“ Mit Hanna Pfeifer (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Michael Gahler (CDU, MdEP), Alexander Kmentt (Botschafter, ständiger Vertreter Österreichs im sicherheitspolitischen Komitee der EU), Martin Winter (Journalist). Zur Teilnahme in Präsenz registrieren Sie sich bitte auf fr.de/anmeldung (Stichwort „HSFK“). Livestream: youtube.com/hausamdom
Donnerstag, 15. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Thomas Kaspar und **Karin Dalka** sprechen mit Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock über die Veränderungen, die ein Wahlsieg der Grünen bewirken würde. Im Anschluss diskutiert sie mit Leserinnen und Lesern der FR. Wenn Sie dabei sein möchten, mailen Sie uns Ihre Frage mit einer kurzen persönlichen Vorstellung an chefredaktion@fr.de (Betreff: „Baerbock“). Es wäre eventuell notwendig, dass Sie über einen PC verfügen, mit dem Sie per Videokonferenz teilnehmen können. Bitte bewerben Sie sich bis zum 20.7., 12 Uhr.
Mittwoch, 21. Juli, 18.30 Uhr

Ein Skandal zum Fremdschämen

Afghanische Ortskräfte: „Erst gekündigt, dann zurückgelassen“, FR-Politik vom 12. Juli

Der Verfolgung durch die Taliban ausgesetzt

Erst die Bundeswehr – und nun lässt auch die staatliche Entwicklungshilfeorganisation GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) ihre afghanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schutzlos zurück.

Wir danken der FR, dass sie das Thema „Afghanische Ortskräfte“ immer wieder platziert. Natürlich kann Deutschland nicht die ganze Welt retten, aber es sollte zumindest den Menschen Rettung anbieten, die sich durch ihre Mitarbeit für die Bundeswehr und zivile deutsche Organisationen der Verfolgung durch die Taliban ausgesetzt haben und deren Leben nun akut gefährdet ist. Dass die GIZ dem Beispiel der Bundeswehr folgt, ist ein Skandal, der uns zum „Fremdschämen“ veranlasst.

Ein Staat, dem es gelungen ist, tausende von Urlaubers:innen, die aufgrund von Insolvenz des Reiseunternehmens oder der Corona-Pandemie an ihren entfernten Urlaubsorten gestrandet waren, nach Deutschland zurückzuholen, dürfte auch in der Lage und muss bereit sein, den gefährdeten afghanischen Ortskräften und ihren Familien rasch und unbürokratisch die Flucht nach Deutschland zu ermöglichen. Stattdessen erfolgen weitere Abschiebeflüge nach Afgha-

nistan, und wir konnten bislang nicht lesen, dass in den betreffenden Flugzeugen auf dem Rückweg Personen mitgenommen worden sind, denen die Bundesrepublik Deutschland bereits Visa ausgestellt hat. Vielmehr sieht man seine Schutzaufgabe offenbar mit dem Angebot einer „Anlaufstelle“ als erfüllt an. Selbst nach Erhalt eines Visums dürfte die Ausreise nach Deutschland für die als gefährdet Anerkannten häufig an fehlenden Mitteln für die von ihnen selbst zu tragenden Flugkosten scheitern – ein weiterer Skandal!

Susanne Weißler-Hoth und Jens-Peter Hoth, Frankfurt

Schluss mit dieser „Sicherheitspolitik“!

Super! Ein großer Zapfenstreich nach dem Ende des Militäreinsatzes in Afghanistan! Finde ich gut. Am besten direkt vor dem Reichstagsgebäude. Das passt gerade nach diesem Kriegseinsatz, der viermal so lange dauerte wie der Zweite Weltkrieg, in dem Hunderttausende getötet wurden, der mit Flächenbombardements begann, in dem ganze Hochzeitsgesellschaften aus der Luft aus dem Versehen angegriffen und zerfetzt wurden, in dem weitere Kriegsverbrechen stattfanden. Ein Einsatz, der keines seiner wechselnden Kriegsziele erreichte. Die Taliban werden das Land wieder unter ihre Kontrolle brin-

gen, Demokratie nach westlichen Muster ist weit und breit nicht in Sicht, Afghanistan ist weiter eines der ärmsten Länder der Welt.

Wenn die Landsknechte im Mittelalter in den Gasthäusern feierten, ging zu später Stunde ein Offizier durch die Kneipen und schlug mit einem Stock auf den Zapfen der Fässer. Dann war klar: Jetzt ist Schluss. Alle gehen nach Hause in ihr Lager. In diesem Sinne – lasst uns den Zapfen streichen: Schluss mit den Militäreinsätzen in aller Welt. Schluss mit einer Sicherheitspolitik, die auf immer mehr Militärausgaben beansprucht! Zwölf Milliarden Euro gab allein die Bundesrepublik für den Afghanistan-Kriegseinsatz aus. Was für eine sinnlose Verschwendung! Was wäre mit diesem Geld an Entwicklungs- und Aufbauarbeit möglich gewesen! Also: Lasst uns einen großen Zapfenstreich fordern, den Zapfenstreich für diese Form von Sicherheitspolitik! Auch aus Respekt vor den vielen Kriegstoten. Öffentlich – vor dem Reichstag.

Robert Hülsbusch, Nottuln

Nur Mars weiß, wie Kriege ausgehen

Den Anfang der Kriege planen die Generalstäbe, das Ende der Kriegsgott Mars. Und der lässt sich nicht in die Karten schauen.

Otfried Schrot, Hannover

Die Logik des Profits

Lieferkettengesetz ist kein Vorbild: „Schärfer regulieren“, FR-Wirtschaft vom 8. 7.

Mit großer Mehrheit hat der Bundestag das Lieferkettengesetz verabschiedet und damit den Rahmen der UN-Leitlinien zur Einhaltung der Menschenrechte, der Arbeits-, Sicherheits- und Umweltstandards erfüllt. Gratulation für das wohl weltweit bedeutendste Unterfangen, Hunger, Ausbeutung, Verelendung ganzer Kontinente aufzuhalten und umzukehren in ein Überlebenskonzept entlang der Wertschöpfungskette von Arbeit. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten die Unternehmen, dem Wohl der Menschen und der Umwelt zu dienen. Also Versprechungen einzuhalten, die wir wie Mantras aus den Sonntagsansprachen von Politikern kennen. Und das Gegenteil täglich erfahren: Zunahme von Klimakatastrophen, Vertreibung, Flucht, Kriege, Hochnüstung, Verwüstungen, Ausplünderung. Kann man solchem Rettungswerk Glauben schenken?

Die übergroße Menge der Güter und Waren, die wir kaufen, stammt aus oft bitterarmen Ländern. Die Arbeit und das Leben dort soll durch nach Deutschland importierende Unternehmen geschützt werden. Sagt der deutsche Plan der Minister Heil und Müller. Die Richtlinie der UN wurde in entscheidenden Punkten verlassen: Im Grunde handelten die Vertreter der Unternehmerverbände

den nationalen Umsetzungsplan allein mit den Ministerien aus. Entsprechend fielen die Ergebnisse der Profitlogik zum Opfer. Die Verpflichtungen gelten nur für Firmen mit mehr als 3000 Beschäftigten, also nur für sechs Prozent. Über das erste Glied der Kette hinaus müssen nur Risikoanalysen vorgenommen werden, wenn die Unternehmen „substanzielle Kenntnisse“ von Menschenrechtsverletzungen haben. Wie wenig solche Überprüfungen die Realität beschreiben, haben die Brände in Textilfabriken und der Bruch eines Staudamms mit Tausenden Toten gezeigt: gar nicht. Der Lohn soll dem ortsüblichen Lebensstandard entsprechen, auf Deutsch: entsprechend gering gehalten werden. Eine strafrechtliche oder zivilrechtliche Haftung gegenüber Rechtsansprüchen von Geschädigten besteht nicht.

Der Anspruch der Leitlinien ist derart verwässert worden, dass die deutsche Version den Lobbyisten der Unternehmerverbände keine Sorgen mehr machen muss. Wohl aber den Arbeitern in den Plantagen, Minen und Fabriken, die uns mit Kaffee, Kakao, Kleidung, Seltenen Erden, Bauxit versorgen. Ein Aufpreis von fünf Cent pro Pfund Kaffee käme einer fairen Entlohnung für die Landarbeiter schon recht nahe.

Jörg Sternberg, Hanau

Infamer Rassismus

England ist EM-Zweiter: „Traum in Trümmern“, FR-Sport vom 13. Juli

England hat das Finale der EM verloren und hat drei dunkelhäutige Sündenböcke, die als früher eingesetzte Stars den Sieg Englands herausgespielt hätten. Sehr gut, dass sie ihre Elfer verschossen haben! Auch Mancini, der italienische Trainer, hatte vor ein paar Jahren erklärt, dass nur „geborene Italiener“ für die Squadra Azzurra spielen sollten. Nun halfen drei „geborene Brasilianer“ zum EM-Sieg.

Rassismus kann so subtil sein, dass dessen Perfidie und Infamie erst spät bemerkt werden. Peter Müller und seine damalige Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer haben in den 90er Jahren das Racial Profiling im Saarland zum Gesetz gemacht. Er sitzt beim Verfassungsgericht. Sie ist Verteidigungsministerin. Heiko Maas sprach ungeniert von „schwarzen Schafen“ unter den Herrschenden dieser Welt.

Ich selbst habe durch Rassismus in Deutschland viel verloren: abgetriebene Mischlinge, nicht eingehaltene Heiratsversprechen und kaputte Karriere als Sprachlehrer oder polyglotter Diplomat. Es geht also weiter in unterschiedlichen Formen. Ehre gebührt denjenigen, die aufrichtig dagegen wirken.

Amady Kone, Saarbrücken